

# REALSATIRE JOBCENTER

V B B A

**Satire** Sa·ti·re *Substantiv, feminin* [die] ... ist eine Kunstform, mit der Personen, Ereignisse oder Zustände kritisiert, verspottet oder angeprangert werden. Typische Stilmittel der Satire sind die Übertreibung als Überhöhung oder die Untertreibung als bewusste Bagatellisierung bis ins Lächerliche oder Absurde.<sup>1</sup>

<sup>1</sup>Quelle: Wikipedia

*Der nachfolgende Text wurde mit Unterstützung von KI erstellt und basiert auf Erlebtem, Verhindertem, Erhofftem, Erdachtem.*

vbba - Gewerkschaft Arbeit und Soziales  
Rothenburger Str. 116, 90439 Nürnberg, [info@vbba.de](mailto:info@vbba.de)  
V.i.S.d.P Gerhard Knab – Erster Stellv. Bundesvorsitzender

## **Von Hartz IV, ukrainischen Geflüchteten, Kindergrundsicherung und Bürgergeld: Eine satirische Reise durch die Sozialpolitik von 2022 bis 2035**

Die letzten zwei bis drei Jahre in den Jobcentern könnten glatt als Drehbuch für eine Staffel einer Katastrophenserie durchgehen. Direkt nach der Pandemie, die die Beschäftigten bereits bis zum Rand ausgepresst hatte, kam das nächste Chaos: die finanzielle Absicherung und die Integration ukrainischer Geflüchteter, das Bürgergeld und ein Reformsturm, den keiner wirklich durchblickte. Als ob das nicht schon genug gewesen wäre, wurden gleichzeitig auch noch die finanziellen Ressourcen auf Diät gesetzt – und das mit einem Tempo, das einem den Atem raubt. Was soll man dazu sagen? Ein echtes Masterpiece der Überforderung, dass die Belastungsgrenzen vieler Mitarbeitenden längst überschritten hat.

Die Belastung? Jenseits der Schmerzgrenze! Wie ein Jongleur, der ein brennendes Fass balanciert und gleichzeitig auf einem Drahtseil läuft – und das ohne Netz. Und was bleibt den tapferen Seelen, die diesen Wahnsinn überstehen wollen? Humor. Nicht als Lösung für die Krise, aber als Überlebensstrategie. Denn was bleibt einem auch anderes übrig, wenn die Bürokratie mehr als ein Spaghett-Western ist und die Kunden schon längst das Handtuch geworfen haben? Ein Lächeln, ein Witz – und dann geht's weiter im Dschungel der Sozialpolitik.

### **2022: Geflüchtete im Schnellverfahren – von Asyilleistungen zum SGB II**

Mit dem „Entlastungspaket Ukraine“ zog die Sozialpolitik 2022 einen Überraschungstrumpf aus dem Ärmel. Die Betreuung ukrainischer Geflüchteter wurde kurzerhand vom Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II verlagert. Ziel war es, die Integration in den Arbeitsmarkt zu beschleunigen und gleichzeitig soziale Teilhabe zu verbessern. Klingt gut? In der Praxis bedeutete das für die Jobcenter vor allem eines: Chaos hoch drei.

Während Kommunen hastig Datenberge an die Jobcenter übermittelten, standen dort die Mitarbeitenden vor einer Welle von neuen Fällen – begleitet von Sprachbarrieren, erhöhtem Beratungsbedarf und einem System, das diese Dynamik nie vorgesehen hatte. Doch kein Problem: Mit ein paar Sprachkursen und Qualifizierungsmaßnahmen, so die Theorie, sollte alles glattlaufen. Die Geflüchteten profitierten immerhin von besserer sozialer Absicherung, wie Krankenversicherung und Jobintegration. Die Sachbearbeiter hingegen? Von endlosen Überstunden

und der Aussicht auf neue Burnout-Rekorde. Aber hey, Integration ist wichtig – und wenn dabei alle Beteiligten stolpern, hat es wenigstens Symbolcharakter.

## **Die U25-Transfers:**

### **Vom Jobcenter zur Arbeitsagentur – oder auch nicht**

Ein ambitioniertes Projekt: Jugendliche unter 25 Jahren sollten nicht mehr von den Jobcentern, sondern von den Agenturen für Arbeit betreut werden. Warum? Weil die Agenturen angeblich besser darin sind, jungen Menschen die Karriereleiter hochzuhelfen, ohne sie in die Untiefen des Sozialgesetzbuchs II zu ziehen. Nachdem die Beschäftigten in den Jobcentern diesen verbalen Tiefschlag zu ihrer Arbeit verarbeitet hatten formierte sich Widerstand – in der Praxis wurde das Projekt zu einer politischen Endlosschleife.

Während die einen argumentierten, dass die Agenturen für Arbeit über die besseren Instrumente verfügen, konterten andere, dass diese Jugendlichen oft nicht nur Job-, sondern Lebenshilfen bräuchten, die bei den Jobcentern flexibler gestaltet seien. Das Ergebnis? Weder das eine noch das andere. Statt konkreter Lösungen gab es endlose Debatten über Finanzierung, Zuständigkeiten und vermeintliche Einsparpotenziale. Am Ende blieb alles beim Alten.

## **2023: Der feierliche Abschied von Hartz IV**

„Aus Alt mach Neu“ lautet die Devise. Mit dem Bürgergeld wurde Hartz IV offiziell in den Ruhestand geschickt – nicht, ohne vorher kräftig beklatscht zu werden. Schließlich hat „Hartz IV“ es geschafft, in den letzten zwei Jahrzehnten Synonym für soziale Ungerechtigkeit zu werden.

Mit der Einführung des Bürgergeldes wurden ein paar Stellschrauben gedreht: Die Sanktionsregeln wurden lockerer, und statt einer angeblich einseitigen Eingliederungsvereinbarung gab es jetzt einen „Kooperationsplan“. Als ob die Beratungsfachkräfte in den Jobcentern zuvor auf einer Leiter stehend beraten hätten, hieß es jetzt endlich: „Auf Augenhöhe beraten!“. Für die Leistungsbezieher wurde natürlich alles einfacher: Übernahme der Kosten für Unterkunft Heizung ohne Limit, naja zumindest für 1 Jahr. Neue Vermögensfreigrenzen waren so hoch angesetzt, dass den Beschäftigten im Leistungsbereich schwindlig wurde.

## **Kindergrundsicherung: Bürokratie-Rock'n'Roll mit Widerstandstanz**

Die Kindergrundsicherung – die große sozialpolitische Revolution, die Deutschland so dringend braucht wie einen neuen Feiertag. Ziel ist es, alle bestehenden Familienleistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag und das „Ich hab den Antrag vergessen“-Bonusgeld in einer einzigen Zahlung zusammenzufassen. Es klingt so einfach wie ein Ikea-Regal, doch der Zusammenbau sorgt für handfesten Streit zwischen Regierung, Jobcentern und, na klar, den Personalräten.

## **Das Drama der Koalition**

Während die Grünen begeistert mit einem „Kinderarmut adé“-Plakat winken, murmelt die FDP: „Wir könnten doch auch einfach nix tun.“ Ex-Finanzminister Lindner rechnet schnell auf seinem Taschenrechner vor, dass die Kindergrundsicherung eigentlich nichts kosten sollte, wenn man die Bedürfnisse von Kindern ignoriert. Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) fordert hingegen mehr Geld und mehr Einsatz – nur um dann im Koalitionsausschuss einen weiteren endlosen Machtkampf auszulösen.

„Kindergrundsicherung? Klingt teuer“, sagt die FDP. „Arme Kinder? Klingt nach Verantwortung“, sagen die Grünen. Und während die SPD unsicher schaut, ob sie noch irgendetwas zu diesem Thema gefragt hat, fragt sich Deutschland: *Was macht eigentlich die Opposition?*

## **Das Endspiel**

Und wie wird es ausgehen? Nun, vermutlich wird die Kindergrundsicherung auf das Jahr 2035 verschoben, während alle Parteien behaupten, sie hätten das Konzept erfunden. Irgendwann wird ein Bundeskanzler (wer auch immer das 2035 ist) mit feierlicher Miene verkünden: „Wir haben es geschafft. Die Kindergrundsicherung ist da – Fast.“

Bis dahin bleibt alles beim Alten: Kinder in Armut warten auf Hilfe, die Politik streitet sich, und in den Jobcentern mühen sich die Beschäftigten weiterhin, der

Arbeit Herr zu werden. Ein Hoch auf die deutsche Bürokratie – sie ist der wahre Sieger in diesem Spiel.

### **Der „Job-Turbo“: Bitte mit Vollgas ins Chaos**

Parallel zur Bürgergeld-Reform startete der „Job-Turbo“, der sicherstellen sollte, dass Geflüchtete schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die Idee: Mehr Kurse, mehr Jobs, mehr Bürokratie!

Natürlich gab es keinerlei zusätzliche Ressourcen für die Umsetzung, aber hey, wer braucht schon Entlastung, wenn er den „Turbo“ im Namen hat? Und falls es schiefgeht, kann man immer noch die Statistik optimieren.

### **Ständige Richtungswechsel:**

#### **Belastungsspitzen und Vertrauensverlust**

Neben all den Reformen und vermeintlichen Verbesserungen ist eines konstant: das ständige Hin und Her bei Vorgaben und Richtlinien. Kaum ist ein Konzept eingeführt, wird es wieder überarbeitet, verschärft oder umgebaut. Nicht malen nach Zahlen sondern Arbeit für Zahlen ist die Devise. Für die Beschäftigten in den Jobcentern bedeutet das vor allem eins: enorme Belastungsspitzen. Der Druck, kurzfristig auf neue Vorgaben zu reagieren, erschwert die Arbeit mit den Kunden massiv.

Die Glaubwürdigkeit leidet, wenn dieselben Mitarbeitenden, die gestern noch über langfristige Unterstützung sprachen, heute neue Bedingungen diktieren müssen. Für die Betroffenen wirkt das wie Willkür, für die Sachbearbeitenden wie ein Dauerlauf ohne Ziel.

### **Immer knapper werdende Ressourcen: Sparen bis zum Kollaps**

Das SGB II-Budget wirkt in den letzten Jahren wie eine endlose Diät: Weniger Geld, aber immer mehr sollen die Jobcenter leisten. So wurde der Anteil der Mittel für die Eingliederung von Arbeitslosen um etwa 5 % reduziert, was die Jobcenter dazu zwingt, mit weniger Ressourcen dasselbe zu schaffen – oder besser gesagt, „höher, schneller, weiter“ und dies möglichst gleichzeitig. Apropos Gleichzeitig - natürlich sinken gleichzeitig die Verwaltungskosten, die für die Durchführung der Grundsicherung erforderlich sind, um rund 10 %. Doch keine Panik! Die

Jobcenter schichten (gezwungenermaßen) Gelder von der Eingliederungskasse auf die Verwaltungskosten um, was in etwa so funktioniert, als würde man Geld aus dem Sparschwein der Kinder nehmen, um das eigene Mittagessen zu bezahlen. Das Ergebnis dieser Finanzakrobatik? Ein System, das immer weniger für die Integration von Arbeitslosen bereitstellt, während es gleichzeitig dafür sorgt, dass die Kosten für die Betreuung der Leistungsbezieher von Jahr zu Jahr sinken..

Der Integrationsprozess der Arbeitslosen läuft also weiter – allerdings mit immer weniger Mitteln und immer mehr Bürokratie. Es bleibt abzuwarten, wie lange dieses Kunststück noch klappt, bevor die Jobcenter anfangen müssen, sich ihre eigenen Maßnahmen zur „Eingliederung“ auszudenken – wie etwa das Umeticketieren von Arbeitslosen als Verwaltungsmitarbeiter. Ein bisschen „Job-Wunder“ hier, ein bisschen „Ressourcen-Umschichtung“ dort – das ist das neue Konzept der Arbeitsmarktintegration. Doch während die Anforderungen steigen, werden Stellen nicht nur gestrichen, sondern sukzessive „zentral eingezogen“ weil sie – wegen fehlender finanzieller Mittel – nicht genutzt werden.

### **Schlussakkord:**

Die Reise von Hartz IV, ukrainischen Geflüchteten, Kindergrundsicherung und Bürgergeld ist weniger ein Marsch Richtung Fortschritt als ein Slalom durch bürokratische Labyrinth. Die Betroffenen? Mit Ach und Krach durch die Paragraphen getrieben. Die Mitarbeitenden? Meist unsichtbar in der medialen Inszenierung. Die Politik? Sie applaudiert sich selbst. Und so dreht sich das Rad des Sozialdramas immer weiter – mit Vollgas und gelegentlichen Stottern.

**Bühne frei für das nächste Kapitel!**

